

Berlin, 14. Oktober 2022

Pressemitteilung Nr.: 16/2022

NBG-Veranstaltung „5 Jahre Endlagersuche“

„Das Erreichte bewusst machen und die ganze Beteiligung würdigen“

Nach Abschluss der Fachkonferenz Teilgebiete sollen das Forum Endlagersuche und das vorbereitende Planungsteam die Beteiligungslücke im Standortauswahlverfahren füllen. Doch wie gut gelingt das Zusammenspiel zwischen den unterschiedlichen Akteuren? Bei der NBG-Veranstaltung „5 Jahre Endlagersuche – Rückblick und Ausblick auf die Entwicklung des Endlagersuchverfahrens“ wurde ein NBG-Gutachten vorgestellt, das dies unter die Lupe nimmt.

Bei seiner Veranstaltung hat das Nationale Begleitgremium auf den Ablauf des Verfahrens in den letzten 5 Jahren zurückgeblickt und sich über die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten der Öffentlichkeitsbeteiligung ausgetauscht.

Dabei warf der Historiker Dr. Anselm Tiggemann (BGE) einen kurzen Rückblick in die Geschichte der Endlagersuche und Michael Fuder, ein vom NBG beauftragter Gutachter, untersuchte die [Entwicklungsmöglichkeiten der Öffentlichkeitsbeteiligung](#).

Das Erreichte bewusst machen und die ganze Beteiligung würdigen

Eine Erkenntnis: Fast alle Beteiligten erleben in der Praxis ein neues Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft. Die staatlichen Institutionen werden als offener erlebt. Die gesellschaftlichen Akteure aus Wissenschaft, Kommunen, Verbänden und auch Laien können sich umfassend informieren und einbringen. Diese Erfolge klarer zu kommunizieren wäre wichtig, weil sonst die jeweils aktuellen Detailprobleme das Gesamtbild verzerren.

Auch muss das Verfahren ein fachliches Sicherheitsverständnis vermitteln. Gleichzeitig soll durch die öffentlich erkennbare Arbeit der Expert*innen auch ein „Sicherheitsgefühl“ entstehen, d.h. ein Vertrauen in die Arbeit der Fachleute. Dies ist vor allem bei Themen wichtig, die mangels Zeit oder Kompetenz nur von wenigen Personen fachlich bewertet werden können. Damit dies gelingt, müssen die Akteure zeigen, dass sie alle den Standort mit der bestmöglichen Sicherheit anstreben, gleichzeitig für dieses Ziel aber auch kontrovers und öffentlich wahrnehmbar miteinander streiten. Dabei seien nicht nur die Hauptakteure, sondern auch Bundesländer, Abgeordnete, Kommunalvertreter*innen und Medien aufgefordert, ihre Rollen und Verantwortungen zu finden.

Die NBG-Ko-Vorsitzenden Miranda Schreurs und Armin Grunwald:

„Nach fünf Jahren Standortsuche für ein Atommüllendlager ist es wichtig, von der Geschichte zu lernen und in die Zukunft zu denken und gemeinsam zu überlegen, wie die Öffentlichkeitsbeteiligung weiterentwickelt werden kann. Das vom NBG beauftragte Gutachten gibt wertvolle Anregungen, die sich alle interessierten Menschen und insbesondere die Entscheidungsträger im Verfahren genau anschauen sollten.“

Pressekontakt

Geschäftsstelle Nationales Begleitgremium
Buchholzweg 8
13627 Berlin

Tel.: 030 8903 5655

presse@nationales-begleitgremium.de

Über das NBG

Das Nationale Begleitgremium ist ein unabhängiges, pluralistisch zusammengesetztes gesellschaftliches Gremium. Wissenschaftler*innen, Politiker*innen, Studierende, interessierte Bürger*innen – die Bandbreite der Mitglieder spiegelt die Vielfalt der Gesellschaft wider. Ziel ist es, die Endlagersuche für hoch radioaktive Abfälle vermittelnd zu begleiten – unabhängig, transparent und bürgernah.

Dem Gremium gehören nach dem Standortauswahlgesetz (StandAG) 18 Mitglieder an: Zwölf anerkannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die vom Bundestag und Bundesrat gewählt werden und sechs Bürgervertreter*innen, die von der Bundesumweltministerin ernannt werden. Eine Amtszeit beträgt drei Jahre, zwei Wiederwahlen sind möglich.

Zu den anerkannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gehören

- **Prof. Dr. Miranda Schreurs**, Ko-Vorsitzende, Professorin für Umwelt und Klimapolitik, Hochschule für Politik an der TU München, ehemaliges Mitglied im Sachverständigenrat für Umweltfragen
- **Prof. Dr. Armin Grunwald**, Ko-Vorsitzender, Leiter des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag, ehemaliges Mitglied der Endlagerkommission
- **Dr. Günther Beckstein**, Ministerpräsident a.D. Freistaat Bayern
- **Klaus Brunsmeier**, ehemaliger stellv. Bundesvorsitzender Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), ehemaliges Mitglied der Endlagerkommission
- **Dr. Dr. h.c. Markus Dröge**, ehemaliger Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg – schlesische Oberlausitz, Vorstandssprecher der Stiftung Zukunft Berlin
- **Prof. Dr. Rainer Grießhammer**, Chemiker, Honorarprofessor an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- **Jo Leinen**, ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments
- **Dr. habil. Monika C. M. Müller**, Studienleiterin für Naturwissenschaften, Ökologie und Umweltpolitik der Evangelischen Akademie Loccum
- **Prof. Dr. Werner Rühm**, Leiter der Arbeitsgruppe „Medizin- und Umweltdosimetrie“ im Institut für Strahlenmedizin am Helmholtz Zentrum München
- **Prof. Dr. Dr. h.c. Roland Sauerbrey**, Physiker, ehemaliger Wissenschaftlicher Direktor des Helmholtz-Zentrums Dresden-Rossendorf

- **Prof. Dr. Maria-Theresia Schafmeister**, Geologin, Lehrstuhl für Angewandte Geologie/Hydrogeologie an der Universität Greifswald
- **Prof. Dr. Magdalena Scheck-Wenderoth**, Geologin, Direktorin des Departments 4 Geosysteme am Helmholtz-Zentrum Potsdam – Deutsches GeoForschungsZentrum

Als Bürgervertreter*innen benannt sind

- **Marion Durst**, Diplompädagogin für Physik, Astronomie und Mathematik, Jena/Thüringen
- **Tobias Flieger**, Marktforscher mit Schwerpunkt User Experience, Wiesbaden/Hessen
- **Annette Lindackers**, Ingenieurin und freie Journalistin, Radebeul/Sachsen
- **Arno Sittig**, Student der Politikwissenschaft, Chemnitz/Sachsen
- **Jorina Suckow**, Rechtsreferendarin, Hamburg
- **Dr. Manfred Suddendorf**, Selbstständiger Unternehmensberater und Dozent, Landkreis Nordwestmecklenburg